

Notstand und Staatsräson

Zum Tod von Helmut Schmidt

Georg Fülberth

Als Helmut Schmidt, am 23. Dezember 1918 in Hamburg geboren, 1945 aus dem Krieg zurückkam, war er Oberleutnant und musste, so erscheint es im nachhinein, nicht mehr viel dazulernen. Befehl und Gehorsam, schnelles Entscheiden, ein paar Grundsätze – das war eine gute Ausstattung für den Notstand, der angesichts der Trümmer ja wohl noch einige Zeit fort dauern werde. Nazi war er nicht gewesen, seine Distanz zur NS-Herrschaft wird von Zeit zu Zeit unterschiedlich vermessen, aber es gab sie wohl. 1984, als er nicht mehr Kanzler war, gab er bekannt, dass er einen jüdischen Großvater hatte, dies schon vor 1945 wusste und gemeinsam mit seinem Vater verheimlichte.

Volkswirtschaft studierte er nach eigenem Bekunden, weil es das kürzeste Studium war. Seine Frau Hannelore, eine Lehrerin, kam für die Ernährung der Familie auf, und er wollte selbst möglichst schnell diese Einseitigkeit beenden.

In die SPD ging er wohl aus ähnlich rationalen Gründen: Er lebte in Hamburg und war evangelisch. 1947/48 war er Bundesvorsitzender des SDS, als dieser eben eine Organisation der akademischen Parteijugend war und nichts anderes sein wollte.

Nach dem Studium arbeitete er in der Wirtschaftsbehörde in Hamburg unter Karl Schiller. 1953 ist er in den Bundestag gewählt worden. Als Vertreter der SPD auf einem Studentenkongress 1959 in Westberlin gegen die atomare Aufrüstung wurde er sehr laut, weil Ulrike Meinhof dort Abstimmungen gewann.

1961 wurde er Polizei- und Innensenator in Hamburg und 1962 erstmals bundesweit berühmt, weil er die Schäden einer Flutkatastrophe mit perfekter Notstandsexekutive bewältigte.

1965 kam er wieder in den Bundestag. Wegen seines nassforschenden Auftretens nannte man ihn »Schmidt-Schnauze« und hielt ihn für einen guten Redner. Er wurde Fraktionsvorsitzender und organisierte mit seinem Kollegen Rainer Barzel von der CDU die große Koalition. Selbstverständlich befürwortete er die Notstandsgesetzgebung.

Verteidigungsminister seit 1969, war er so ziemlich der einzige Inhaber dieses Amtes, dem es nicht zum Karrieregrab geriet: ein Soldatenvater, bei dem sich die Truppe gut aufgehoben fühlte. Immerhin bereitete er ein Sozialwissenschaftliches Institut der Bundeswehr vor, das seit 1974 (da war er schon nicht mehr Ressortchef) die innere Struktur der Streitkräfte und deren Stellung in der Gesellschaft begutachtet. Als Finanz- und Wirtschaftsminister (1972) und als Finanzminister 1972–1974 hinterließ er keine sehr deutlichen Spuren.

1974 wurde er Kanzler. Die Wirtschaftskrise 1975 ließ sich nicht wie ein Notstand bewältigen, auch nicht durch die Weltwirtschaftsgipfel (G 7), die er zusammen mit dem französischen Präsidenten Giscard d'Estaing im selben Jahr initiierte. Gegen den sich anbahnenden Neoliberalismus versuchte er in der Praxis keynesianische Grundsätze hochzuhalten, unter anderem durch ein ziemlich vernünftiges »Zukunftsinvestitionsprogramm«.

1977 hielt er vor dem Londoner Institut für Strategische Studien einen Vortrag, in dem er vor den sowjetischen

SS-20-Raketen warnte. Dies führte zum NATO-»Nachrüstungs«beschluss von 1979: Stationierung von US-Mittelstreckenraketen in Europa, akute Gefahr eines Atomkriegs.

Wer den Kraftakt auf sich nimmt, in dieser Frage Helmut Schmidt gerecht zu werden, sagen wir: als Pflichtverteidiger, könnte Folgendes vorbringen: Anders als Zbigniew Brzeziński wollte er wohl die Sowjetunion nicht wegputzen, und er hielt sie wahrscheinlich auch nicht für aggressiv. Die ganze Sache war für ihn ein technisches Problem: Es musste ein Gleichgewicht im Mittelstreckenbereich, das angeblich durch die SS 20 aufgehoben wurde, wiederhergestellt werden. Dass dadurch die Weltkriegsgefahr wuchs, war halt wieder Notstand, und dass die UdSSR schließlich aufgrund dieser Politik zusammenbrach, war ein Kollateralnutzen, der ihn auf fast schon ironische Weise gegen Egon Bahr und Willy Brandt ins Recht setzte: Schmidt hatte sie als Friedens- und Deutschland-Romantiker im Verdacht, während er eben der pragmatische Sicherheitspolitiker sei. Nun, 1989/90 wurde Deutschland obendrein nachgeliefert.

Im Deutschen Herbst 1977 war wieder Notstand: Der Staat dürfe sich nicht erpressen lassen, Schleyer wurde geopfert, und Schmidts Bewunderer konnten sich fest vorstellen, dass der Kanzler auch bereit gewesen wäre, sich selbst zu opfern.

Durch die Raketenpolitik und seine Befürwortung der Atomkraftnutzung schadete er der SPD wie nach ihm nur noch Gerhard Schröder. Man wird ihn einen Geburtshelfer der Grünen nennen müssen. Seiner Meinung nach ging die verantwortungsethische Kosten-Nutzen-Rechnung auf: Der Staat steht über der Partei.

Nach seiner Abwahl 1982 wurde er Herausgeber der *Zeit* und Weltökonom und -philosoph. Es gibt einen hässlichen Fernsehauftritt von ihm zusammen mit Hans Modrow in der Wendezeit: Er versuchte ihn zu demütigen, sah aber am Ende schwach aus. Neben dem bescheidenen Besiegten wirkte er in seiner Auftrumpferei wie ein hämisches Rumpelstilzchen. In solchen Situationen lernt man einen Menschen recht gut kennen.

Als er 2007 einen seiner zahlreichen Ehrendoktorhüte entgegennahm, zog er in seiner Dankesrede Bilanz, nämlich: In keiner seiner Notstandssituationen: Flut 1962, RAF und Raketen 1977, habe er sich nach dem Grundgesetz, anderen Gesetzen und sonstigen Vorgaben richten können. Später legte er nach: Auch Verantwortung vor Gott half da nicht weiter. Nicht dem Inhalt, aber dem Gestus nach wirkte das so, als habe er in diesen Situationen an dessen Stelle treten müssen.

Als er am 10. November 2015 starb, hatte ihm schon seit Jahrzehnten niemand mehr widersprochen. Eine Generation von autoritätshörigen Männern hat ihn verehrt, und diese werden das weiterhin tun, solange sie ihn überleben.

<http://www.jungewelt.de/2015/11-12/049.php>